

## Bauzinsen: Im Schnitt mehr als 3 Prozent

**Finanzierung** Experten sprechen von extremem Anstieg und erwarten, dass sich Baukredite weiter verteuern.

**Frankfurt/Main.** Kredite für Immobilienkäufer in Deutschland werden immer teurer. Der effektive Zins für zehnjährige Finanzierungen ist am Mittwoch im Mittelwert erstmals seit mehr als zehn Jahren wieder über die Marke von 3 Prozent gestiegen, wie die Frankfurter FMH-Finanzberatung mitteilte. Zinsen von mehr als 3 Prozent bei zehnjährigen Baukrediten hat es demnach zuletzt am 5. April 2012 gegeben. Der jüngste Anstieg der Bauzinsen sei seit 7. Juni „besonders extrem“ gewesen mit einem Sprung von 2,79 auf 3,02 Prozent in einer Woche. Auslöser sei vermutlich die hohe Inflation und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank, die Leitzinsen zu erhöhen.

Kredite für Immobilienkäufer dürften sich vor diesem Hintergrund weiter verteuern, erwartet FMH-Gründer Max Herbst. Im April habe er 4 Prozent Zinsen für zehnjährige Finanzierungen bis Jahresende für vorstellbar gehalten. Das sei nun „bereits nach der Sommerpause“ denkbar. Die Bauzinsen sind in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Im Dezember hatte der Zins für zehnjährige Finanzierungen noch bei 0,9 Prozent gelegen.

Grund für die steigenden Bauzinsen ist das allgemein steigende Zinsniveau an den Kapitalmärkten. Wegen der hohen Inflation stehen Notenbanken weltweit unter Druck, ihre lockere Geldpolitik zu straffen. *dpa*

## Einigung in Stahlbranche

**Tarifverhandlungen** Mitarbeiter bekommen 6,5 Prozent mehr Gehalt.

**Düsseldorf.** Nach schwierigen Verhandlungen und Warnstreiks haben sich die IG Metall und die Arbeitgeber auf einen neuen Tarifvertrag für den Großteil der deutschen Stahlbranche geeinigt. Am 1. August sollen die Löhne und Gehälter um 6,5 Prozent steigen, wie die Gewerkschaft und der Arbeitgeberverband Stahl mitteilten. Der Vertrag läuft 18 Monate und beginnt im Juni. Für die ersten zwei Monate bekommen die Beschäftigten insgesamt 500 Euro als Einmalzahlung, Auszubildende 200 Euro.

Der Tarifvertrag gilt für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen, wo 68 000 Menschen in der Branche tätig sind. Die Tarifpartner in Ostdeutschland dürften die Vorgaben übernehmen. Die Zustimmung der Tarifkommission der IG Metall ist noch nötig. In den kommenden Wochen wird in den Betrieben noch ein Stimmungsbild in der Belegschaft eingeholt. *dpa*

# Vielen geht das Geld aus

**Inflation** Die Preisausschläge in Deutschland sind verrückt und belasten Millionen von Menschen. Zwei Experten erklären, wie das den Alltag verändert. *Von Alexander Bögelein*

**D**er Ukraine-Krieg, gestörte Lieferketten und Versorgungsengpässe schüren die Verunsicherung bei Verbrauchern in Deutschland. Die Preise sind im Mai um 7,9 Prozent gestiegen – so stark wie seit fast 50 Jahren nicht mehr. Vor allem Energie und Grundnahrungsmittel sind teurer geworden. Eine höhere Inflation schmälert die Kaufkraft, weil sich die Menschen für einen Euro weniger leisten können. Sie spüren die Inflation hautnah vor allem dann, wenn sich die Preise von Waren des täglichen Verbrauchs verteuern.

Eine Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht: Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte sind im April so stark gestiegen wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1961. Sie erhöhten sich laut Statistischem Bundesamt im Jahresvergleich um 39,9 Prozent. Die Erzeugerpreise stoßen in der Regel auf weniger Interesse in der breiten Öffentlichkeit als die vom Statistischen Bundesamt berechnete Teuerungsrate. Daher werden sie mitunter als „versteckte Inflation“ bezeichnet. Unter Ökonomen gelten die Erzeugerpreise als wichtiger Frühindikator für die Entwicklung der Verbraucherpreise.

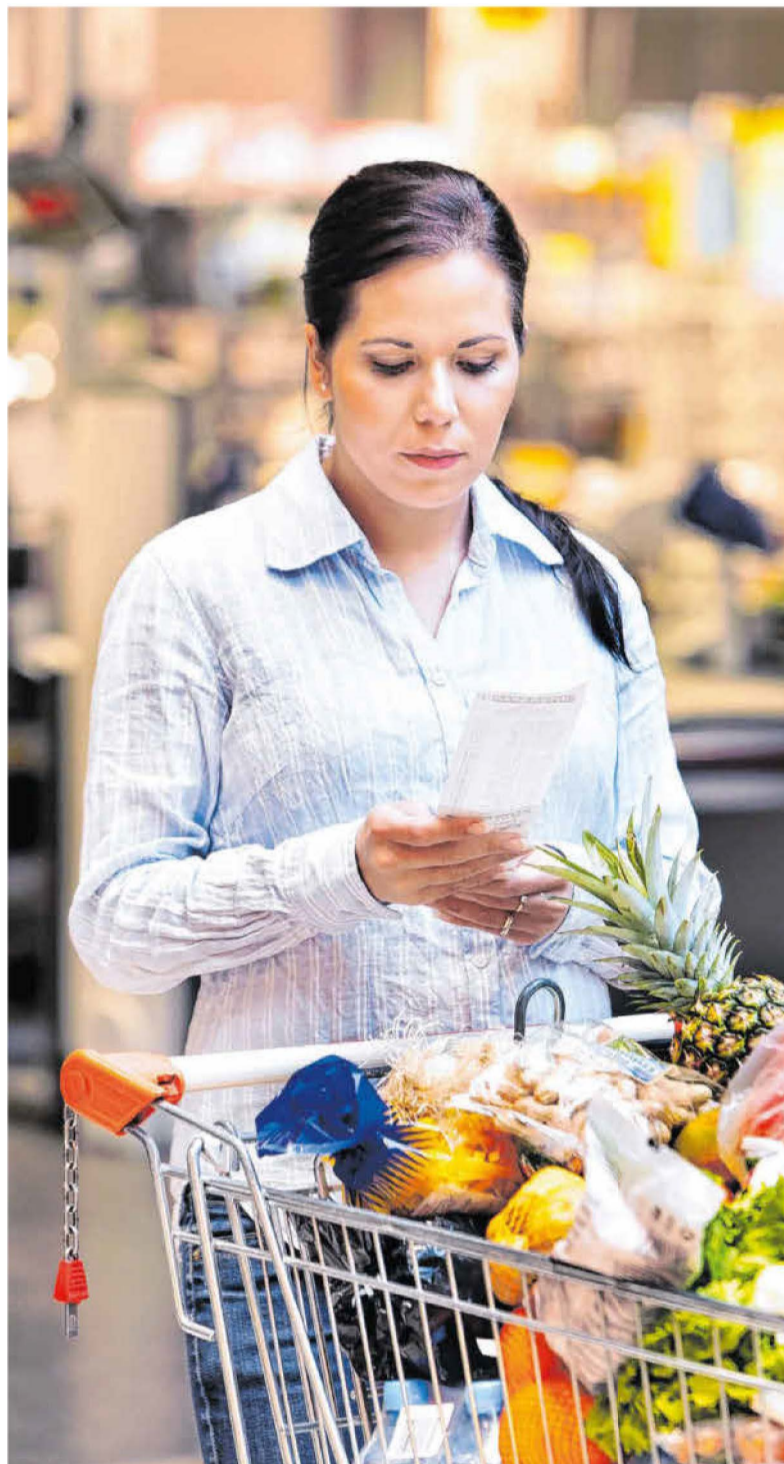


GfK-Konsumexperte Robert Kecskes.

Foto: GfK

Doch schon jetzt geht vielen Menschen das Geld weit vor dem Monatsende aus. Das zeigt eine Analyse der Preis-Transparenz-Smaggles. Für die Betrachtung hat das Team von Geschäftsführer Sven Reuter zum einen 530 984 Kassensbons ausgewertet, die die Nutzerinnen und Nutzer per App hochgeladen haben, zum anderen das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen von 3661 Euro pro Monat zugrunde gelegt. Davon werden laut Reuter rund 15,4 Prozent für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren ausgegeben, alles in allem also rund 556 Euro pro Monat.

Einem solchen Haushalt ging das Budget für Lebensmittel im vergangenen Monat am 28. Mai aus. Rein rechnerisch fehlten 59 Euro. Im Februar seien solche Haushalte noch mit diesem Budget zurechtgekommen, seit März reiche es nicht mehr aus und gehe immer weiter ins Minus. Jedoch erreichen 18,8 Millionen Privathaushalte gar nicht das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen, wenn man auf die Zahlen des Mikrozensus 2020 schaut. Zur Einordnung: 14,5 Millionen Privathaushalte kommen auf ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 2000 Euro. Angesichts dieser Einkommensverteilung ist es nicht verwunderlich, dass die Umsätze im deutschen Einzelhandel im April eingebrochen sind. Bereinigt um Saison- und Preiseffekte sanken die Erlöse um 5,4 Prozent. Beson-



Zu Monatsbeginn sind die Portemonnaies gefüllt – und die Einkaufswagen. Am Monatsende müssen sich viele Haushalte einschränken.

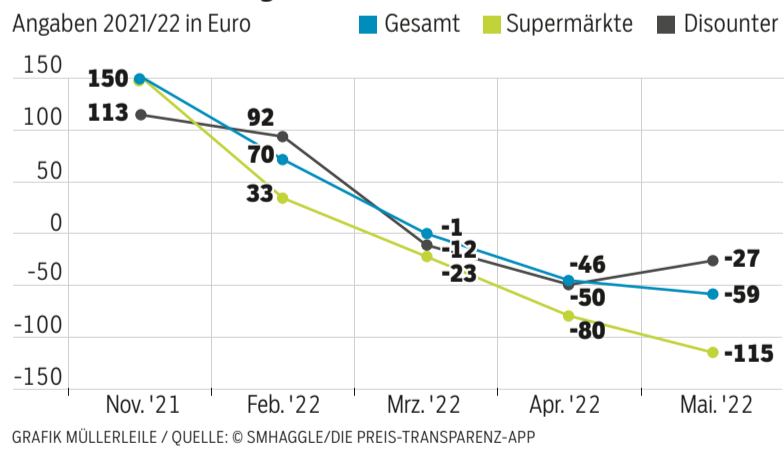
### Tipps & Tricks beim Einkaufen

**Wer sich an diese Ratschläge** hält, kann beim Einkauf bis zu 30 Prozent sparen, sagt Sven Reuter von der Preistransparenz-App smaggles: „Planen Sie Ihre Einkäufe. In der Regel kauft man immer wieder das Gleiche, notieren Sie sich die wichtigsten 50 Produkte. Verschaffen Sie sich vor

dem Einkauf einen Preisüberblick. Jede Woche sind bei jedem Händler in Ihrem Umfeld ca. 200 der beliebtesten Markenprodukte im Sonderangebot. Sie sollten Ihre Produkte primär nur „in der Aktion“ kaufen und dann idealerweise einen Vorrat anlegen. Beim Kauf von Markenprodukten lassen

sich so zwischen 25 Prozent und 50 Prozent sparen. Kaufen Sie Eigenmarken statt Markenprodukte. Diese sind günstiger als das vergleichbare Markenprodukt, qualitativ aber hochwertig. Checken Sie die Preise von vermeintlichen „Angeboten“ und vergleichen Sie die Preise pro 1kg/1 Liter.“

### So sah das Einkaufsbudget am Monatsende aus



ders schlecht liefen die Geschäfte mit Lebensmitteln: Hier gab es ein reales Minus von 7,7 Prozent.

„Die Menschen sind derzeit extrem verunsichert und die Konsumstimmung am Boden“, sagt Robert Kecskes, Konsum-Experte des Daten- und Analytikunternehmens GfK. Die damit einhergehende Kaufzurückhaltung sei nun auch bei den Waren des täglichen Bedarfs angekommen.

Nicht vergessen darf man nach seinen Worten jedoch zwei weitere Effekte: Der Lebensmittelhandel gehörte zu den Gewinnern der Pandemie. Die Menschen hätten in Zeiten des Lockdowns zu höherwertigen Produkten gegriffen, um es sich zuhause gut gehen zu lassen. „Mit der Öffnung des öffentlichen Lebens fahren die Menschen wieder zur Arbeit, gehen in Restaurants und reisen. Sie schichten ihre Ausgaben um – bei steigenden Preisen“, damit sinke das Budget für anderes, erläutert der GfK-Experte. Zudem sei der Sommer im Einzelhandel

**Die meisten Verbraucher sparen bei weniger emotionalen Produkten.**

**Robert Kecskes**  
Konsum-Experte der GfK

eine umsatzschwache Zeit. „Die Menschen reisen und sehen sich auch hier mit kräftigen Preissteigerungen konfrontiert.“

In dieser Situation suchten Verbraucher nach Wegen, wie sie im Alltag dennoch in etwa auf dem bisherigen Ausgabenniveau einkaufen können. „Dabei haben sie prinzipiell drei Möglichkeiten: Sie kaufen weniger ein, sie weichen auf billigere Artikel aus oder kaufen die gleichen Produkte günstiger ein“, erklärt Kecskes. Schaut man auf die Monate März und April im Jahresvergleich, so zeigt der Consumer Index der GfK, dass der Umsatzanteil von Marken zum Normalpreis um 5,7 Prozent auf 48,7 Prozent gesunken ist, dagegen legten Markenprodukte im Sonderangebot 17,6 Prozent (plus 9,1 Prozent) und die Handelsmarken auf 33,7 Prozent zu (plus 4 Prozent).

Auch bei den Vertriebs-schienen gibt es Verlagerungen. Betrachtet man die Monate Januar bis April im Jahresvergleich legen nur die Drogeriemärkte zu um 2,3 Prozent. In einem schrumpfenden Markt verlieren Fachhandel (minus 9,1 Prozent) und SB-Warenhäuser (minus 6,4 Prozent), E-Commerce (5,3 Prozent), Lebensmittel-Vollsortimenter (4,2 Prozent) und Discounter (1,4 Prozent). Die nächsten Monate werden sich die Ausweichstrategien der Verbraucher laut Kecskes verstärken: „Die meisten wollen nicht auf Erlebnis verzichten und sparen bei den weniger emotionalen Produkten.“ Gleichzeitig werde im Lebensmittelhandel der Kampf um den kleiner werdenden Kuchen an Härte zunehmen. *dpa*

**Kommentar**  
**Peter DeThier**  
zur großen  
US-Zinserhöhung



## Viel zu lange gewartet

**A**ls in den USA das letzte Mal der Leitzins so stark heraufgesetzt wurde, hieß der Präsident Bill Clinton, und an der Spitze der Notenbank „Fed“ saß der ausgewiesene Inflationfalke Alan Greenspan. Die Inflationsrate lag bei knapp drei Prozent, und Clinton verstand nicht, warum der oberste Währungshüter es für notwendig hielt, bei relativ stabilen Preisen der Konjunktur einen Dämpfer zu verpassen. Greenspan konnte damit aber noch größere Preissteigerungen verhindern und bereitete den Weg für eine weiche Landung der US-Wirtschaft.

Nun, 28 Jahre danach, hat die Notenbank unter der Ägide von Jerome Powell zu spät reagiert. Viel zu lange spielte Powell die Risiken herunter und sagte, die Inflation werde „vorübergehend“ sein. Die Fed zögerte mit dem Abbau der Anleihekäufe und schob längst fällige Zinserhöhungen auf die lange Bank.

Natürlich sind den Möglichkeiten der Notenbank, die Inflation einzudämmen, Grenzen gesetzt. Auf angebotsseitige Faktoren, etwa Versorgungsengpässe als Folge der Störungen in globalen Lieferketten, hat sie keinen Einfluss. Sie kann nur über eine straffere Geldpolitik die Nachfrage dämpfen und so die Konjunktur abkühlen. Das wiederum könnte angesichts der grassierenden Rezessionsängste aber neue Risiken heraufbeschwören und die Wirtschaft der USA in die nächste Krise stürzen. *dpa*

## Krieg bremst die Wirtschaft

**Konjunktur** Experten von Ifo und IfW: Auch Inflation und Engpässe belasten.

**München.** Das Ifo-Institut hat seine Konjunkturprognose für die deutsche Wirtschaft wegen des Ukraine-Kriegs erneut gesenkt. Das Bruttoinlandsprodukt werde in diesem Jahr um 2,5 Prozent zu liegen, schwächer als die noch im März erwarteten 3,1 Prozent. Kräftig steigen wird laut Ifo stattdessen die Inflation auf eine Rate von 6,8 Prozent. Nach zwei Corona-Jahren liege die deutsche Wirtschaftsleistung derzeit noch immer ein Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau von Ende 2019“, sagte Ifo-Konjunkturforscher Timo Wollmershäuser.

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) hält seine gedämpften Wachstumserwartungen für 2022 aufrecht. Sie gehen von einem Wachstum von 2,1 Prozent aus. Das IfW hatte im März seine Prognose halbiert. Der Grund: Verstärkte Lieferengpässe aufgrund neuerlicher Lockdowns in China bremsten den Aufschwung der deutschen Wirtschaft. *dpa*

### ZAHL DES TAGES

# 11,2

**Prozent** sind die Autoneuzulassungen im Mai in der EU gegenüber dem Vorjahreszeitraum gefallen. 791 546 Fahrzeuge bedeuten den zehnten Monat in Folge einen Rückgang. Die Hersteller kämpfen mit Lieferengpässen, etwa bei Halbleitern. Dabei traf es Italien mit einem Minus von gut 15 Prozent am stärksten, gefolgt von Spanien (minus 10,9) und Deutschland (minus 10,2 Prozent).

## China Wirtschaft erholt sich leicht

**Peking.** Nach Belastungen durch die harten Corona-Maßnahmen hat sich die chinesische Wirtschaft im Mai leicht erholt. Wie das Peking Statistikkamt mitteilte, stieg die Industrieproduktion im Vorjahresvergleich um 0,7 Prozent, nachdem sie im April um 2,9 Prozent zurückgegangen war. Auch die Konsumausgaben stiegen im Vergleich zum April leicht an, lagen aber noch niedriger als vor einem Jahr. Zuletzt wurden einige Pandemie-Beschränkungen gelockert. *dpa*



## Hohes Sendungsbewusstsein

**Mit 4,51 Milliarden Sendungen** sind im vergangenen Jahr in Deutschland so viele Kurier-, Express- und Paketsendungen aufgegeben worden wie niemals zuvor – 11,2 Prozent mehr als im Vorjahr. *Foto: Rolf Vennenbernd/dpa*

## Playmobil Rückgänge wegen Pandemie

**Zirndorf.** Die Erlöse der Horst-Brandstätter-Group, Muttergesellschaft der Spielzeug-Marke Playmobil sowie von Lechuza-Pflanzgefäßen, gingen im Geschäftsjahr 2021/2022 um 2,8 Prozent auf 736 Millionen Euro zurück. Zum Ergebnis machte die Gruppe keine Angaben.

Gründe seien extrem gestiegene Frachtkosten und stark nach oben gegangene Kosten für Kunststoff. Bei Playmobil hätten die Playmobil-Funparks unter der Pandemie gelitten. *dpa*

## Strafe wegen Absprache

Sony, Toshiba und andere Technikerhersteller müssen nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs 116 Millionen Euro Strafe zahlen. Die Konzerne hatten sich bei Ausschreibungen der PC-Hersteller Dell und Hewlett Packard für optische Laufwerke zwischen 2004 und 2008 abgesprochen.

## Geringer Rückgang

In den USA sind die Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe in der vergangenen Woche weniger als erwartet gefallen. Die Zahl sei um 3000 auf 229 000 gesunken, teilte das Arbeitsministerium mit.